

N i e d e r s c h r i f t

über die 57. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft

und Verbraucherschutz

am 11. Juni 2025

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung und zur Änderung des Niedersächsischen Ingenieurgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/6816](#)
dazu gemäß § 31 Abs. 1 Satz 2 GO LT:
Weiterentwicklung der Niedersächsischen Bauordnung und des Bundesrechts zur Förderung nachhaltigen Bauens und moderner Standards
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/6818](#)
dazu: Eingabe 00941/06/19
Vorlage 12 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes
Mitberatung 5

2. a) **Energiewende beschleunigen und Flächenbedarf verringern: Agri-Photovoltaik in Niedersachsen fördern!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/1233](#)

b) Agri-Photovoltaik in Niedersachsen voranbringen - Chancen für die Landwirtschaft nutzen!	
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/6542	
<i>Fortsetzung der Beratung</i>	7
<i>Beschluss</i>	8
3. a) Entbürokratisierung der Landwirtschaft: Regelungen vereinfachen, praxisnäher ausgestalten und technisch besser unterstützen	
Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/3984	
b) Bürokratieabbau in der Landwirtschaft weiter vorantreiben	
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/6901	
<i>Fortsetzung der Beratung</i>	10
<i>Beschluss</i>	12
4. Gemeinschaftsverpflegung in Kitas, Schulen, Senioreneinrichtungen und Kantinen stärken - DGE-Standards verbindlich umsetzen	
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/5661	
<i>Fortsetzung der Beratung</i>	14
<i>Beschluss</i>	16
5. Für Artenschutz und Biodiversität: Einführung eines „Bodenbrüterbonus“ zur Intensivierung des Prädatorenmanagements	
Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/7190	
<i>Beratung</i>	17
<i>Verfahrensfragen</i>	17
6. Vielfalt säen, Sorten sichern - regionale Saatgutzucht stärken	
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/7198	
<i>Beginn der Beratung</i>	18
<i>Verfahrensfragen</i>	18
7. Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Empfehlungen der „Zukunftskommission Fischerei (ZKF)“	19
8. Terminangelegenheiten	20

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Jörn Domeier (SPD), stellv. Vorsitzender
2. Abg. Tim Julian Wook (i. V. d. Abg. Thore Güldner) (SPD)
3. Abg. Karin Logemann (SPD)
4. Abg. Sebastian Penno (SPD)
5. Abg. Karola Margraf (i. V. d. Abg. Alexander Saade) (SPD)
6. Abg. Christoph Willeke (SPD)
7. Abg. Uwe Dorendorf (CDU)
8. Abg. Katharina Jensen (CDU)
9. Abg. Dr. Marco Mohrmann (CDU)
10. Abg. Hartmut Moorkamp (CDU)
11. Abg. Pascal Leddin (GRÜNE)
12. Abg. Christian Schroeder (GRÜNE)
13. Abg. Alfred Dannenberg (AfD)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrat Dr. Oppenborn-Reccius (Mitglied).

Von der Landtagsverwaltung:

Frau Stürzebecher.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 13:30 Uhr bis 14:23 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Billigung von Niederschriften

Der **Ausschuss** billigt die Niederschriften über die 55. und die 56. Sitzung.

Tagesordnungspunkt 1:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung und zur Änderung des Niedersächsischen Ingenieurgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/6816](#)

erste Beratung: 62. Plenarsitzung am 26.03.2025

federführend: AfWVBuD;

mitberatend: AfRuV, AfELuV

dazu gemäß § 31 Abs. 1 Satz 2 GO LT:

Weiterentwicklung der Niedersächsischen Bauordnung und des Bundesrechts zur Förderung nachhaltigen Bauens und moderner Standards

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/6818](#)

dazu: Eingabe 00941/06/19

Vorlage 12 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes

Mitberatung

Beratungsgrundlage: Vorlage 12 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes mit dem vorläufigen Ergebnis der Beratungen des Gesetzentwurfs durch den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

Eine Aussprache zu dem Gesetzentwurf ergibt sich nicht.

Der **Ausschuss** schließt sich dem Ergebnis der bisherigen Beratungen des Gesetzentwurfs durch den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung, wie es sich aus der Vorlage 12 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes ergibt, an.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

Abg. **Karin Logemann** (SPD) merkt an, der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/6818 enthalte konkrete Punkte, die sich auf landwirtschaftliche Betriebe bezögen. In Gesprächen mit Betreiberinnen und Betreibern von Bauernhof-tourismus, aber auch mit dem Landvolk und anderen hätten die Koalitionsfraktionen immer wieder Hinweise darauf erhalten, wo das Bauordnungsrecht landesseitig geändert werden könne. Allerdings sei das Land nicht in allen Punkten zuständig, sondern müsse sich, wenn Veränderungen angestrebt würden, hierzu an den Bund wenden.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen sei gut gelungen, und von daher spreche nichts dagegen, eine positive Stellungnahme zu diesem Antrag abzugeben.

Abg. **Pascal Leddin** (GRÜNE) schließt sich dem an. Er hebt im Übrigen hervor, dass ein in Bezug auf den ländlichen Raum wichtiger Aspekt das Thema Stallbrände sei. Hierzu hätten auch bereits Gespräche mit dem Landesfeuerwehrverband stattgefunden. Aus seiner Sicht sei es im Interesse aller, dass dieses Thema auch von der Landespolitik behandelt werde.

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU) betont, auch aus der Sicht der CDU-Fraktion enthalte der Antrag der Koalitionsfraktionen einige Punkte, die positiv zu bewerten seien. Allerdings habe die CDU-Fraktion im Zusammenhang mit dem von dem Vertreter der Fraktion der Grünen angesprochenen Aspekt des Brandschutzes ein wenig die Sorge, dass sich dahinter Verhinderungs- oder Vermeidungsstrategien verbergen könnten, was die Erweiterung von Stallbauten bzw. den Stallbau generell betreffe. Da der CDU-Fraktion hierzu bislang keine sozusagen entlastenden Informationen vorlägen, müsse sie den Antrag der Koalitionsfraktionen in der Drucksache 19/6818 insgesamt ablehnen.

Abg. **Alfred Dannenberg** (AfD) weist darauf hin, dass aus der Sicht seiner Fraktion bezüglich des Antrages der Koalitionsfraktionen in der Drucksache 19/6818 die Bitte, die Einführung eines Abrisskatasters in der Niedersächsischen Bauordnung zu prüfen, negativ hervorzuheben sei. Die Fraktion der AfD habe in diesem Zusammenhang Sorge, dass weiterer bürokratischer Aufwand entstehe.

Die Bitte unter Nr. 4 des Antrages, zeitnah einen Runderlass zur Verbesserung des Brandschutzes bei Stallgebäuden für die Nutztierhaltung auf den Weg zu bringen, beurteile sie hingegen als positiv.

In der Gesamtbewertung würde er sich, so der Abgeordnete, zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen der Stimme enthalten.

Eine weitere Aussprache ergibt sich nicht. - Der **Ausschuss** bittet darum, dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zuzuleiten.

Tagesordnungspunkt 2:

a) **Energiewende beschleunigen und Flächenbedarf verringern: Agri-Photovoltaik in Niedersachsen fördern!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/1233](#)

b) **Agri-Photovoltaik in Niedersachsen voranbringen - Chancen für die Landwirtschaft nutzen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/6542](#)

Zu a) direkt überwiesen am 26.04.2023

federführend: AfELuV;

mitberatend: AfUEuK

Zu b) direkt überwiesen am 20.02.2025

AfELuV

Der Ausschuss hatte sich mit dem Antrag der CDU-Fraktion in der Drucksache 19/1233 und mit dem Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/6542 zuletzt in seiner 54. Sitzung am 19. März 2025 befasst. Er war in jener Sitzung übereingekommen, die Beratung der beiden Anträge zusammenzufassen, und hatte die weitere Behandlung der Anträge zunächst einmal zurückgestellt.

Die CDU-Fraktion hatte mit Schreiben vom 23. Oktober 2023 einen Änderungsvorschlag, der in der Vorlage 7 verteilt worden ist, und mit Schreiben vom 21. Januar 2025 einen Änderungsvorschlag, der in der Vorlage 8 verteilt worden ist, vorgelegt.

Fortsetzung der Beratung

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU) merkt an, dass die CDU-Fraktion ihren Änderungsvorschlag in der Vorlage 7 zurückziehe.

Der Abgeordnete hebt hervor, die CDU-Fraktion lege besonderen Wert darauf, dass die Stromerzeugung in der Fläche möglichst verträglich mit der Landwirtschaft und flächenschonend gestaltet werde. Vor diesem Hintergrund fordere sie, im Zusammenhang mit dem Ausbau von Agri-Photovoltaik Hürden abzubauen.

Die CDU-Fraktion habe ihren Antrag überarbeitet und in der Vorlage 8 einen Änderungsvorschlag vorgelegt, der den Erkenntnissen aus der Unterrichtung durch die Landesregierung und den schriftlich eingegangenen Stellungnahmen Rechnung trage.

Zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen in der Drucksache 19/6542 enthielten sich die Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion der Stimme. Der Antrag der Koalitionsfraktionen sei zwar in vielen Punkten inhaltsgleich mit dem Antrag der CDU-Fraktion. Allerdings sei der Fraktion der CDU der Aspekt der Eignung von Power Purchase Agreements, der unter Nr. 3 des Änderungsvorschlages in der Vorlage 8 angesprochen werde, aber in dem Antrag der Koalitionsfraktionen

nicht berücksichtigt sei, besonders wichtig. Entscheidend sei aus ihrer Sicht nämlich die Möglichkeit einer direkten Vermarktung vor Ort auch unabhängig vom EEG.

Abg. **Christoph Willeke** (SPD) antwortet, die Koalitionsfraktionen hätten in der Drucksache 19/6542 einen guten Antrag vorgelegt, in dem in der Tat viele der Punkte aus dem Antrag der CDU-Fraktion aufgegriffen und auch erweitert würden. Der Abgeordnete nennt in diesem Zusammenhang das Thema Netzkompatibilität, dem in der fortschreitenden Energiewende besondere Bedeutung zukomme, das Thema Biodiversitäts-PV und das Thema von CO₂-Einsparungen, die dem Landwirtschaftssektor zuzurechnen seien.

Da der Antrag der Koalitionsfraktionen umfangreicher sei als der Antrag der CDU-Fraktion, sprächen sich die Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion für den Antrag der Koalitionsfraktionen aus und lehnten den Antrag der CDU-Fraktion - auch in der Fassung der Vorlage 8 - ab.

Abg. **Pascal Leddin** (GRÜNE) legt dar, wie er bereits in einer der vergangenen Sitzungen des Ausschusses ausgeführt habe, handele es sich bei dem Antrag der CDU-Fraktion durchaus um einen sehr guten Antrag, aus dem die Koalitionsfraktionen in der Tat einige Punkte übernommen hätten. Der Antrag der Koalitionsfraktionen gehe allerdings ein gutes Stück weiter, etwa was die von dem Vertreter der SPD-Fraktion genannten Aspekte und auch die Frage der Normierungen auf Bundesebene angehe.

Von daher spreche auch er sich dafür aus, dem Antrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen und den Antrag der CDU-Fraktion abzulehnen.

Abg. **Alfred Dannenberg** (AfD) führt zu dem Antrag der CDU-Fraktion aus, grundsätzlich halte er „Solarfelder auf dem Acker“ für problematisch. Er persönlich gehe aus verschiedenen Gründen - Verdreckung, Gefahr von Steinschlag usw. - nicht davon aus, dass sich solche Anlagen durchsetzen würden.

Forschung sei aus seiner Sicht immer zu begrüßen. Sowohl in dem Antrag der CDU-Fraktion als auch in dem Antrag der Koalitionsfraktionen werde der Aspekt der Forschung großgeschrieben, was er ausdrücklich begrüße.

Für problematisch halte er eine Kombination mit Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Er habe Zweifel, ob sich dies tatsächlich durchsetzen lasse.

Aus der Nr. 10 des Antrages der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen werde deutlich, dass Agri-Photovoltaik eigentlich einer Förderung bedürfe, um wirtschaftlich zu sein. Dies führe aus seiner Sicht zu einem wesentlichen Punkt, an dem sich vieles messen lassen müsse. Wenn eine Wirtschaftlichkeit nur im Zusammenhang mit Förderung gegeben sei, werfe dies aus der Sicht seiner Fraktion Fragen auf.

In Summe des Ganzen und in Abwägung des Für und Wider werde sich seine Fraktion zu beiden Anträgen der Stimme enthalten.

Beschluss

Nachdem sich keine weitere Aussprache ergibt, lässt Vors. Abg. **Jörn Domeier** (SPD) zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion in der Fassung der **Vorlage 8** abstimmen.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der CDU-Fraktion in dieser Fassung ab.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

Anschließend lässt der Vorsitzende über den Antrag der CDU-Fraktion in der **Fassung der Drucksache 19/1233** abstimmen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum des Landtages, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

Die Empfehlung ergeht vorbehaltlich der Zustimmung durch den mitberatenden Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz.

Sodann lässt Vors. Abg. **Jörn Domeier** (SPD) über den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der **Drucksache 19/6542** abstimmen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum des Landtages, diesen Antrag unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: CDU, AfD

Tagesordnungspunkt 3:

a) **Entbürokratisierung der Landwirtschaft: Regelungen vereinfachen, praxisnäher ausgestalten und technisch besser unterstützen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3984](#)

b) **Bürokratieabbau in der Landwirtschaft weiter vorantreiben**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/6901](#)

Zu a) direkt überwiesen am 10.04.2024

federführend: AfELuV;

mitberatend: AfUEuK

Zu b) direkt überwiesen am 27.03.2025

AfELuV

Der Ausschuss hatte sich mit dem Antrag der CDU-Fraktion zuletzt in seiner 51. Sitzung am 5. Februar 2025 befasst. Er hatte in jener Sitzung die weitere Behandlung des Antrages mit Blick auf den von den Koalitionsfraktionen seinerzeit angekündigten Antrag zum Bürokratieabbau in der Landwirtschaft zurückgestellt.

In seiner 42. Sitzung am 11. September 2024 hatte der Ausschuss eine Anhörung zu dem Antrag der CDU-Fraktion durchgeführt.

Mit Schreiben vom 21. Januar 2025 war von der CDU-Fraktion ein Änderungsvorschlag vorgelegt worden, der als Vorlage 5 verteilt worden ist.

Mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen in der Drucksache 19/6901 hatte sich der Ausschuss zuletzt in seiner 46. Sitzung am 23. April 2025 befasst. Er war in jener Sitzung übereingekommen, die Beratung des Antrages der CDU-Fraktion und des Antrages der Koalitionsfraktionen zusammenzufassen.

Fortsetzung der Beratung

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU) weist darauf hin, dass der Antrag der CDU-Fraktion zur Entbürokratisierung der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit breite Resonanz gefunden habe. Der Ausschuss habe sich zu diesem Antrag umfangreich von der Landesregierung unterrichten lassen und auch eine Anhörung von Praktikern durchgeführt. Auf der Basis der Erkenntnisse aus der Unterrichtung und der Anhörung habe die CDU-Fraktion den Änderungsvorschlag erarbeitet, der als Vorlage 5 verteilt worden sei.

Dieser Änderungsvorschlag enthalte 22 Punkte, in denen die CDU-Fraktion sehr konkrete Vorschläge mache, wie Bürokratie im Bereich der Landwirtschaft abgebaut und das Leben der Landwirtschaftsfamilien erleichtert werden könne.

Eine ganze Reihe dieser Punkte könnte direkt durch die Landespolitik ohne Umwege umgesetzt werden.

Aus der Sicht der CDU-Fraktion handele es sich hiermit um den richtigen Antrag zum richtigen Zeitpunkt. Die Forderungen, die in diesem Antrag erhoben würden, seien zudem auch kompatibel mit dem Koalitionsvertrag von Union und SPD auf Bundesebene.

Die CDU-Fraktion bitte darum, ihrem Antrag in der Fassung der Vorlage 5 zuzustimmen.

Bei einer Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfraktionen würden sich die Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion der Stimme enthalten. Die Koalitionsfraktionen hätten in ihrem Antrag eine Reihe von Punkten aus dem Antrag der CDU-Fraktion aufgegriffen, allerdings immer wieder mit einem leichten Hang zum Unkonkreten. Während die CDU-Fraktion konkrete Forderungen formuliert habe, hätten sich die Koalitionsfraktionen auf die Formulierung von Prüfaufträgen beschränkt.

Abg. **Karin Logemann** (SPD) merkt an, auch aus der Sicht der SPD-Fraktion handele es sich beim Bürokratieabbau bzw. bei der Entbürokratisierung in der Landwirtschaft um ganz wichtige Fragen. Alle Beteiligten würden es befürworten, wenn die Landwirtinnen und Landwirte wieder mehr in ihren Betrieben arbeiten könnten und sich weniger an Schreibtischen mit Verwaltungsarbeiten befassen müssten.

An der Anhörung hätten zum Beispiel die Landwirtschaftskammer, das Landvolk, der NABU und Vertreterinnen und Vertreter der Landberatung sowie der Niedersächsischen Landjugend teilgenommen. Die Erkenntnisse aus dieser Anhörung hätten die Koalitionsfraktionen aufgegriffen und in ihren Antrag einfließen lassen.

Insgesamt sehe sie nicht, dass große Diskrepanzen zwischen dem Antrag der CDU-Fraktion und dem Antrag der Koalitionsfraktionen bestünden. Allerdings bitte sie um Verständnis dafür, dass die Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion dem Antrag der Koalitionsfraktionen zustimmen würden.

Abg. **Alfred Dannenberg** (AfD) legt dar, wie er bereits in einer der früheren Sitzungen ausgeführt habe, handele es sich bei dem Antrag der CDU-Fraktion um eine sehr sinnvolle Zusammenstellung von Forderungen. Dies gelte insbesondere auch für die mit dem Änderungsvorschlag in der Vorlage 5 vorgenommene Nachschärfung.

Die Anhörung, die zu dem Antrag der CDU-Fraktion durchgeführt worden sei, habe auch er als sehr beeindruckend empfunden. Das Engagement, das die Anzuhörenden während der Anhörung gezeigt hätten, spreche zweifellos für die Wichtigkeit des gesamten Themenkomplexes.

Dem Antrag der CDU-Fraktion werde er auf jeden Fall zustimmen.

Was den Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen betreffe, so scheine es keinen Antrag der Koalitionsfraktionen mehr zu geben, in dem nicht auf die Klimakrise verwiesen werde. Selbst im Zusammenhang mit Fragen der Entbürokratisierung müsse die Klimakrise herhalten. In solchen Fällen komme bei der Fraktion der AfD bereits von vornherein Skepsis auf.

In manchen Punkten gehe der Antrag der Koalitionsfraktionen nicht so weit wie der Antrag der CDU-Fraktion. Zum Beispiel im Zusammenhang mit der Stoffstrombilanz seien die Forderungen der CDU-Fraktion sehr viel detaillierter.

Er persönlich hätte es begrüßt, wenn in dem Antrag der Regierungsfaktionen auch auf die Schaffung von Anreizsystemen in Schutzgebieten eingegangen worden wäre. In der Unterrichtung durch die Landesregierung sei hierzu zwar bereits ein eindeutiges Veto gekommen. Gleichwohl hätte er sich hier mehr Mut gewünscht. Denn auch die die Regierung tragenden Fraktionen hätten durchaus die Möglichkeit zu gestalten.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen enthalte allerdings eine Reihe guter Punkte, sodass er sich bei einer Abstimmung über den Antrag der Stimme enthalten werde.

Abg. **Pascal Leddin** (GRÜNE) betont, mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen liege ein Beratungsgegenstand vor, der auf sehr vielen Beratungsrunden basiere. Der Ausschuss habe sich zur Frage des Bürokratieabbaus in der Landwirtschaft intensiv ausgetauscht. In der Vergangenheit und auch unter der Vorgängerregierung seien bereits viele Maßnahmen zur Entbürokratisierung unternommen bzw. angestoßen worden, und dies sollte aus seiner Sicht durchaus positiv hervorgehoben werden.

Sicherlich bestehe bei diesem Thema zwischen allen Beteiligten im Niedersächsischen Landtag ein hohes Maß an Einigkeit. Von daher sollte es möglich sein, bei diesem Thema auch gegenüber der Bundesebene gut zusammenzuarbeiten.

Auch er spreche sich dafür aus, den Antrag der Koalitionsfraktionen anzunehmen.

Beschluss

Nachdem sich keine weitere Aussprache ergibt, lässt Vors. Abg. **Jörn Domeier** (SPD) zunächst über den Änderungsvorschlag zu dem Antrag der CDU-Fraktion in der **Vorlage 5** abstimmen.

Der **Ausschuss** lehnt diesen Änderungsvorschlag ab.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

Anschließend lässt der Vorsitzende über den Antrag der CDU-Fraktion in der **Fassung der Drucksache 19/3984** abstimmen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum des Landtages, diesen Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

Die Empfehlung ergeht vorbehaltlich der Zustimmung durch den Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz.

Sodann lässt Vors. Abg. **Jörn Domeier** (SPD) über den Antrag der Koalitionsfraktionen in der **Drucksache 19/6901** abstimmen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum des Landtages, diesen Antrag unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: CDU, AfD

Tagesordnungspunkt 4:

Gemeinschaftsverpflegung in Kitas, Schulen, Senioreneinrichtungen und Kantinen stärken - DGE-Standards verbindlich umsetzen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5661](#)

erste Beratung: 51. Plenarsitzung am 07.11.2024
AfELuV

Der Ausschuss hatte sich zuletzt in seiner 53. Sitzung am 19. Februar 2025 mit dem Antrag befasst und in jener Sitzung eine Anhörung durchgeführt. In seiner 52. Sitzung am 5. Februar 2025 hatte der Ausschuss eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegengenommen.

Mit Schreiben vom 4. Juni 2025 war seitens der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein Änderungsvorschlag vorgelegt worden, der als Anlage 7 verteilt worden ist.

Fortsetzung der Beratung

Abg. **Karin Logemann** (SPD) weist darauf hin, dass neben den Erkenntnissen aus der Unterrichtung durch die Landesregierung und der Anhörung, die der Ausschuss durchgeführt habe, in den Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen in der Vorlage 7 auch Informationen aus Besuchen von Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung vor Ort eingeflossen seien. Die Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion bäten darum, dem Plenum des Landtages zu empfehlen, den Antrag in der Fassung der Vorlage 7 anzunehmen.

Abg. **Alfred Dannenberg** (AfD) merkt an, er habe sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass die Koalitionsfraktionen nach der Expertenanhörung einen Änderungsvorschlag unterbreitet hätten, der sich deutlich von dem Ursprungsantrag unterscheide. Er begrüße ausdrücklich, so der Abgeordnete, dass der Antrag entschärft worden sei. So sei in der Überschrift des Antrages nicht mehr die Rede davon, die DGE-Standards *verbindlich umzusetzen*, sondern es werde darauf abgestellt, die Gemeinschaftsverpflegung an den DGE-Standards zu *orientieren*.

Außerdem werde nicht mehr auf Überlegungen abgehoben, wie eine rechtssichere Implementierung von Qualitätsstandards in den Vergabeprozess möglich wäre.

Er begrüße sehr, dass damit nicht mehr der Eindruck entstehe, dass mit Zwang in das Regime der Gemeinschaftsverpflegung hineinregiert werden solle.

Gleichwohl bleibe sozusagen der zeitgeistige Sinneswandel der DGE bestehen, dass die Verbraucher künftig verstärkt auf pflanzliche Nahrungsmittel zurückgreifen sollten. Dieser Sinneswandel drohe weiterhin in die Gemeinschaft transportiert zu werden.

Die Fraktion der AfD sei ein großer Freund der Freiheit, der Freiheit der Entscheidung und der Eigenverantwortung und sehe es von daher nicht gern, dass auf diese Art und Weise in die Verpflegung hineingewirkt werden solle.

Der Aspekt des grundsätzlichen Gedankens der Freiheit der Entscheidung bewege ihn dazu, dem Antrag der Koalitionsfraktionen auch in der Fassung der Vorlage 7 nicht zuzustimmen.

Im Rahmen der Expertenanhörung seien auch die Kosten angesprochen worden, die bei einer Umsetzung des Antrages entstünden. Eine der Anzuhörenden habe ausgeführt, dass eine Umsetzung der DGE-Standards das Schulesen lediglich um vier Cent verteuern würde. Er persönlich sei diesbezüglich skeptisch. Diese Aussage habe ihn daran erinnert, dass ein früherer Bundesminister seinerzeit behauptet habe, dass die Energiewende den Durchschnittshaushalt nicht mehr als eine Kugel Eis im Monat kosten würde.

Ihn bewege in diesem Zusammenhang auch, dass das verfügbare Einkommen für die Haushalte knapper werde, und auch dies veranlasse ihn, dem Antrag der Koalitionsfraktionen nicht zuzustimmen.

Abg. **Christian Schroeder** (GRÜNE) betont, die Koalitionsfraktionen hätten die Unterrichtung durch die Landesregierung und die Anhörung sehr genau ausgewertet und die hier gewonnenen Erkenntnisse in ihren Änderungsvorschlag aufgenommen.

So hätten sie unter anderem die Überschrift zu dem Antrag geändert, um ein Entgegenkommen zu signalisieren. Der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sei mit dem Antrag in der Ursprungsfassung nicht einverstanden gewesen. Die Koalitionsfraktionen erwarteten auch von den kommunalen Spitzenverbänden ein Entgegenkommen, auch in der Frage der Wortwahl und des Umgangs miteinander. Umgekehrt könne allerdings auch von den Koalitionsfraktionen erwartet werden, dass Erkenntnisse, die sich durch eine Anhörung ergeben, in das Beratungsergebnis einfließen.

Er gehe davon aus, so der Abgeordnete, dass es möglich sei, mit den kommunalen Spitzenverbänden und auch mit allen anderen Beteiligten in gute Gespräche zu gehen, um die Gemeinschaftsverpflügung bei Orientierung an den DGE-Standards zu stärken.

Die Ausschussmitglieder der Koalitionsfraktionen hätten sich vor Ort unter anderem auch bei der Leiterin der Küchenbetriebe der Stadt Göttingen, Frau Köchermann, informiert, bei denen schon seit Langem so gearbeitet werde, wie sich die Koalitionsfraktionen dies wünschen würden. Dort habe sich gezeigt, dass das, was sich die Koalitionsfraktionen vorstellten, durchaus funktioniere, wenn etwas größer gedacht und ein gutes Konzept erarbeitet werde.

Insgesamt bitte er um Zustimmung zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen in der Fassung des Änderungsvorschlages in der Vorlage 7.

Abg. **Hartmut Moorkamp** (CDU) meint, in der Tat sei die Anhörung von Expertinnen und Experten, die der Ausschuss zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen durchgeführt habe, sehr aufschlussreich gewesen. Auch die Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion hätten zur Kenntnis genommen, dass der Antrag vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Anhörung überarbeitet und ein Stück weit entschärft worden sei. Die Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion hätten allerdings natürlich auch die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände zur Kenntnis genommen.

Insgesamt überwögen die Bedenken der CDU-Fraktion, weshalb die Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU den Antrag auch in der Fassung der Vorlage 7 ablehnen müssten.

Beschluss

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum des Landtages, den Antrag in der Fassung der Vorlage 7 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

Tagesordnungspunkt 5:

Für Artenschutz und Biodiversität: Einführung eines „Bodenbrüterbonus“ zur Intensivierung des Prädatorenmanagements

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/7190](#)

erste Beratung: 66. Plenarsitzung am 22.05.2025

federführend: AfELuV;

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

Beratung

Abg. **Alfred Dannenberg** (AfD) legt dar, was den Bodenbrüterschutz betreffe, so habe die Medaille zwei Seiten. Bei der einen Seite gehe es um die Ertüchtigung des Habitats, und in der Begründung zu dem Antrag werde auch ausdrücklich auf die Habitatsituation eingegangen. Die andere Seite der Medaille sei das Prädatorenmanagement. Der Antrag richte aber, wie er auch bereits im Plenum des Landtages ausgeführt habe, seinen Fokus ausschließlich auf diese Seite der Medaille, nämlich den Prädationsdruck.

In der ersten Beratung im Plenum des Landtages habe der Redner der SPD-Fraktion vorgebracht, der Antragsteller würde den Verlust der Lebensräume ignorieren. Dies sei keineswegs der Fall, aber der Verlust von Lebensräumen sei nicht Gegenstand des vorliegenden Antrages.

Der Vertreter der Fraktion der Grünen habe in der ersten Beratung ausgeführt, in dem Antrag werde nicht auf den Aspekt der Biotopvernetzung eingegangen. Dies sei völlig richtig, denn dieser Aspekt solle mit dem vorliegenden Antrag in der Tat nicht bespielt werden.

Als wesentliches Schlüsselinstrument werde in dem Antrag gefordert, Anreizsysteme zu schaffen und auszuprobieren. Beispiele aus der Praxis hätten gezeigt, dass Anreizsysteme als AntrIGGER durchaus funktionierten.

Er würde es sehr begrüßen, so der Abgeordnete, wenn dieses Anliegen im Ausschuss ein Stück weit weiterverfolgt werden könne und zunächst einmal eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung entgegengenommen würde.

Widerspruch gegen den Vorschlag, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu dem Antrag der Fraktion der AfD zu bitten, erhebt sich nicht.

Verfahrensfragen

Der **Ausschuss** bittet die Landesregierung einvernehmlich um eine mündliche Unterrichtung zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Er bittet die Landesregierung, der Landtagsverwaltung Nachricht zu geben, wann die Unterrichtung möglich sein wird.

Tagesordnungspunkt 6:

Vielfalt säen, Sorten sichern - regionale Saatgutzucht stärken

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/7198](#)

erste Beratung: 66. Plenarsitzung am 22.05.2025

AfELuV

Beginn der Beratung

Abg. **Pascal Leddin** (GRÜNE) legt dar, das in dem Antrag der Koalitionsfraktionen angesprochene Thema habe viele Menschen unter dem Motto „Rettet die Linda“ bewegt. Wie in dem Antrag dargestellt, stelle Saatgut eine unentbehrliche Ressource für die Produktion von Lebensmitteln dar. In dem vorliegenden Antrag gehe es unter anderem um die Unterstützung von On-Farm-Züchtungen, um den Erhalt alter Nutzpflanzensorten sowie Nutztierassen, und es gehe darum, sich auf allen Ebenen für das grundsätzlich im europäischen Patentrecht verankerte Verbot der Patentierung von Pflanzen und Tieren einzusetzen und entsprechende Umgehungstatbestände abzulehnen.

Der Abgeordnete beantragt, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu bitten.

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) weist darauf hin, dass in der ersten Beratung im Plenum des Landtages die unterschiedlichen Positionen der einzelnen Fraktionen deutlich geworden seien. Die Bitte um Unterrichtung durch die Landesregierung unterstützten die Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion selbstverständlich.

Abg. **Alfred Dannenberg** (AfD) betont, aus seiner Sicht sei das in dem Antrag der Koalitionsfraktionen angesprochene Thema hoch spannend. Auch er würde eine Unterrichtung durch die Landesregierung begrüßen.

Verfahrensfragen

Der **Ausschuss** bittet die Landesregierung einvernehmlich um eine mündliche Unterrichtung zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Er bittet die Landesregierung, der Landtagsverwaltung Nachricht zu geben, wann die Unterrichtung möglich sein wird.

Tagesordnungspunkt 7:

Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Empfehlungen der „Zukunftskommission Fischerei (ZKF)“

Seitens der Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen war mit Schreiben vom 27. Mai 2025 eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Empfehlungen der „Zukunftskommission Fischerei (ZKF)“ beantragt worden.

Abg. **Pascal Leddin** (GRÜNE) erläutert den Unterrichtungsantrag im Sinne des Schreibens vom 27. Mai 2025.

Beschluss

Der **Ausschuss** bittet die Landesregierung einvernehmlich für seine nächste Sitzung um eine mündliche Unterrichtung zu den Empfehlungen der „Zukunftskommission Fischerei (ZKF)“.

Tagesordnungspunkt 8:

Terminangelegenheiten

Parlamentarische Informationsreise nach Brüssel

Der Unterausschuss „Verbraucherschutz“ hatte sich in seiner 28. Sitzung am 7. Mai 2025 darauf verständigt, in der Zeit vom 3. bis 5. November 2025 eine Parlamentarische Informationsreise nach Brüssel durchzuführen.

Der **Ausschuss** kommt einvernehmlich überein, sich der Parlamentarischen Informationsreise des Unterausschusses „Verbraucherschutz“ anzuschließen.
